

## JA ZUM SCHUTZ VOR PASSIVRAUCHEN

Die Passivrauchschutz-Initiative bringt eine einfache nationale Regelung: Alle Innenräume sind rauchfrei, wenn sie als Arbeitsplatz dienen oder öffentlich zugänglich sind.



MARIANNE STREIFF, NATIONALRÄTIN

Die Volksinitiative «Schutz vor Passivrauchen» der Lungenliga und weiteren 50 Organisationen verlangt, dass alle Innenräume rauchfrei werden, wenn sie als Arbeitsplatz dienen oder öffentlich zugänglich sind (Restaurants, Bars, Schulen, Spitäler, etc.). Fumoirs können eingerichtet werden, solange sie unbedient sind. Generell soll in der ganzen Schweiz eine einheitliche Regelung gelten.

### Nationaler Flickenteppich

Heute bestehen in jedem Kanton andere Regeln zum Passivrauchschutz. Das Bundesgesetz ist erst zwei Jahre in Kraft, wird aber vielerorts unterlaufen. In einigen Kantonen gelten Ausnahmen für kleine Lokale. Im Kanton St.Gallen sind Restaurants je nach Gemeinde

rauchfrei oder nicht, weil diese Ausnahmebewilligungen erteilen können und sie unterschiedlich handhaben. Und in Basel haben sich 180 Wirte kurzerhand zum Verein Fümöar zusammengeschlossen und ihre Lokale gegen einen bescheidenen Mitgliederbeitrag zu Vereinslokalen erklärt, in denen das Rauchen legal sein soll. Das alles ist nicht im Sinne des Gesetzes, der Gäste, die eine rauchfreie Atmosphäre wünschen und vor allem nicht des Servicepersonals, welches heute einem Äquivalent von 15 bis 38 Zigaretten pro Tag ausgesetzt ist, auch wenn es selber gar nicht

raucht. Die Volksinitiative der Lungenliga, welche bereits in der Sammelphase von der EVP unterstützt worden ist, will nun für klare Verhältnisse sorgen und diese unsinnigen Ausnahmen abschaffen.

### Rauchfrei ist gesünder

Das Ziel der Initiative ist nicht die Stigmatisierung von Raucherinnen und Rauchern. Menschen, die rauchen wollen, sollen das tun dürfen, aber nur dort, wo sie jene nicht stören, die nicht mitrauchen wollen. Das ist das einfache und gerechte Prinzip hinter der Initiative. Entsprechend gut akzeptiert werden Regelungen für rauchfreie Räume: sei es in Italien oder Irland, sei es im öffentlichen Verkehr, der vor ein paar Jahren rauchfrei erklärt worden ist. Überall, wo man die Rauchfreiheit umgesetzt hat, war sie innert kürzester Zeit eine Selbstverständlichkeit. Eine Regelung, die sich heute in acht Kantonen und etlichen Nachbarländern bewährt, kann so unsinnig nicht sein. Deshalb haben die EVP-Delegierten am 23. Juni in Muttenz der Initiative «Schutz vor Passivrauchen» mit 64 zu 8 Stimmen zugestimmt.

Anzeige

fachlich fundiert-  
zeitlich flexibel

**MARTIN BUCER SEMINAR**  
Reformatorsche Theologie heute [www.bucer.ch](http://www.bucer.ch)

Berufsbegleitend  
Theologie studieren

## KOMMENTAR

### Beschneidung der Religionsfreiheit

Ein Kölner Gericht taxiert eine Beschneidung als strafbare Körperverletzung. Darauf führt das Zürcher Kinderspital ein Moratorium für religiös begründete Beschneidungen ein. Zuerst müsse die rechtliche Situation geklärt werden. Andere Spitäler bleiben gelassen. Beschneidungen von Knaben würden seit Jahrzehnten vorgenommen, schreibt etwa das Kinderspital Basel. Eine plötzliche Abschaffung, ohne dass sich an der Rechtsgrundlage etwas geändert hätte, wäre nicht nachvollziehbar. Und das Kinderspital Luzern meint, das Wohl des Kindes gebiete einzig, den Eingriff schmerzfrei und komplikationslos durchzuführen.

Experten teilen diese Sicht. Für alt Bundesrichter Giusep Nay ist das Erziehungsrecht und die Religionsfreiheit der Eltern betroffen, wenn sie ihre Söhne nicht ihrem Glauben entsprechend beschneiden lassen dürfen. Für Ethiker Christoph Rehmann-Sutter liegt keine Körperverletzung vor. Die Eltern würden den Entscheid aus bestem Wissen und Gewissen im Interesse des Kindes fällen. Diese Reaktionen sind wohlthuend in ihrer Nüchternheit.

Als EVP wollen wir, dass alle Menschen ihre Religion frei wählen, ausüben, bekennen und allenfalls auch wechseln können. Damit die Religionsfreiheit nicht weiter beschnitten wird!

Niklaus Hari, Kommunikation

## Treue erweisen und Pflöcke einsetzen

Wir haben in der EVP Mitglieder, auf die wir jahrzehntlang zählen dürfen, und solche, welche Pflöcke setzen. Zwei aus diesen beiden Gruppen erwähne ich hier aus aktuellen Gründen. Eines dieser treuen Mitglieder war der kürzlich im Alter von 92 Jahren verstorbene Werner Wydler. Er gehörte lange Jahre dem Stadtparlament von Zürich und dem Zürcher Kantonsrat an; letzteren durfte er ein Jahr lang präsidieren. Werner war neben seinen politischen Ämtern jahrelang Kassier seiner Kantonalpartei. Die EVP durfte auf ihn zählen, auch dann, wenn es um unspektakuläre Kleinarbeit ging. Lange Jahre war er in seiner EMK-Gemeinde als Sonntagsschullehrer tätig. Werner war für mich Vorbild und Freund.



Ed Riehen

Vor einigen Monaten kam unter dem Titel «Querdenker mit Herz» im Achiu-Verlag eine sehr lesenswerte Biografie über Fritz Blanke heraus, verfasst von seinem Schwiegersohn Christoph Möhl. Fritz Blanke beschrieb in seiner Schrift «Wir Christen und das politische Leben» aufgrund seiner Erfahrung als Professor für Kirchengeschichte an der Universität Zürich das Verhältnis der Christen zum Staat. Seine Folgerung, dass wir uns aus Dankbarkeit und Nächstenliebe einsetzen sollen, praktizierte er, indem er in den fünfziger Jahren Mitglied des stadtzürcherischen Gemeinderates und des Kantonsrates war. Mit seinen Motionen zur Problematik des Bleibenzins und des Atommülls wies er früh auf heikle umweltpolitische Themen hin. Er setzte Pflöcke ein; daran können wir uns nach wie vor orientieren.

Heiner Studer,  
Präsident der EVP Schweiz

«Indem Exit auch nicht todkranke Personen in den Tod begleitet, nimmt die Organisation dem Suizid seine Ausserordentlichkeit. (...) Der Druck auf Alte und Gebrechliche wird zunehmen, den Suizid als Möglichkeit zu sehen.»

Redaktor Daniel Foppa am 11. Juni im Tages Anzeiger in einem hervorragenden Kommentar zum Suizidhilfe-Weltkongress in Zürich Oerlikon. (Nachzulesen unter [www.evppe.ch](http://www.evppe.ch) > Aktuell > Presseschau.)

«Wenn Suizidhilfe-Vereine wie Exit Geburtstagsfeste feiern, an denen sich auch der Bundesrat beteiligt, droht der Notausgang zum Hauptausgang zu werden.»

Aus der Fraktionserklärung der EVP Kanton Zürich vom 4. Juni aus identischem Anlass. Die Strategie von Exit sei offensichtlich. Ihr Handeln soll ein Teil unserer Gesellschaft werden, der nicht mehr emotional berührt, sondern so normal wird, dass man dazu einen Kongress abhalten kann, der sogar von Bundesräten und Staatsanwälten besucht wird.

«Mitte bedeutet: Zwei Ohren, ein Mund!»

Schlusspunkt des neuen Parteiprogramms der EVP Riehen-Bettingen.

## PAROLEN DER EVP

beschlossen von der DV am 23. Juni 2012 in MuttENZ für die Abstimmung vom 23. September 2012:

Initiative «Schutz vor Passivrauchen»	<b>JA</b>
Initiative «Sicheres Wohnen im Alter»	<b>NEIN</b>
Bundesbeschluss über die Jugendmusikförderung (Gegenentwurf zur Initiative «jugend + musik»)	<b>JA</b>

## AUS DEM INHALT

Sicheres Wohnen im Alter: Abschaffung des Eigenmietwerts ja – aber für alle!	<b>4</b>
Für eine Jugend, die Musik macht: Ja zum Verfassungsartikel «Musikalische Bildung»	<b>5</b>
Wahlplakate mit Pfiff: Die EVP Kanton Aargau setzt auf Inhalte	<b>7</b>

# KINDER VOR SEXUALISIERUNG SCHÜTZEN

Regula Lehmann ist Mitglied der EVP und Co-Koordinatorin der IG Sexualerziehung. Akzente hat mit der Autorin des Praxis-Ratgebers «Sexualerziehung? Familiensache!» über den Sexualekundeunterricht in der Schule gesprochen.

*Sexualekundeunterricht – Sache der Eltern oder der Schule?*

Grundsätzlich ist Sexualerziehung Familiensache. Tatsache ist jedoch, dass viele Eltern die Aufgabe vernachlässigen, ihren Kindern fundierte und hilfreiche Informationen zum Thema weiterzugeben. Obwohl Sexualität allgegenwärtig ist, erlebe ich eine Mehrheit der Eltern als unsicher oder gehemmt, wenn es um Aufklärung und Sexualerziehung in der Familie geht.

Dass die Schule sich bemüht, dieses Manko auszugleichen und allen Kindern Informationen über ihren Körper, Liebe und Sexualität zu vermitteln, ist nachvollziehbar, birgt aber auch Gefahren. Zum Beispiel jene, dass Eltern sich noch stärker als bisher aus der Verantwortung ziehen und alles an die Fachleute delegieren. Oder dass die Schule nicht auf den individuellen Entwicklungsstand der Kinder eingehen kann. Gerade dies macht aber gute Aufklärung aus: Dass ein Kind nur jene Informationen erhält, für die es von seiner individuellen Entwicklung her bereit und reif ist.

*Was ist «gute» Sexualekunde?*

Im Mittelpunkt steht das Vermitteln von Fachwissen. Ich finde es wichtig, dass Zyklus, Zeugung, Schwangerschaft und Geburt im Biologieunterricht der sechsten und siebten Klassen ausführlich thematisiert werden. Meine Erfahrung ist, dass Schüler total berührt sind, wenn sie – beispielsweise durch ent-

sprechende Filmsequenzen – miterleben können, wie sich ein Mensch im Mutterleib entwickelt. Aufzuziehen, wie kostbar jedes einzelne menschliche Leben ist, ist meines Erachtens ein wesentlicher und sinnstiftender Unterrichtsinhalt.

In der Oberstufe kommt der Beziehungsaspekt hinzu. Gute Sexualekunde informiert nicht nur über die gesundheitlichen, sondern auch über die seelischen Risiken von zu frühen oder wechselnden sexuellen Beziehungen. Teenager müssen wissen, dass mit der Entscheidung, die eigene Sexualität auszuleben eine Verantwortung auf sie zukommt, der sie in der Regel noch nicht gewachsen sind.

*Ein unerreichbares Ideal?*

Manchmal ja. In der Oberstufe haben wir als Eltern das Propagieren von sexueller Freizügigkeit und den Druck, jede sexuelle Orientierung als gleichwertig empfinden zu müssen, als sehr stark erlebt, vor allem seitens externer Fachpersonen. Da die Eltern nicht mitbestimmen können, welche Sexualpädagogen die Sexualekunde gestalten, bevorzuge ich den Unterricht durch die Klassenlehrperson. Diese kennt ihre Schüler und den jeweiligen familiären Hintergrund und kann am ehesten einschätzen, was die einzelnen Schüler an Infos brauchen und verarbeiten können. Dass die Lehrperson sowieso mit den Eltern in Kontakt steht, erachte ich als wesentlichen Vorteil.



**Regula Lehmann wünscht sich eine kindgerechte Sexualekunde.**

*Wie stehst Du zur Dispensation?*

Eine Dispensation ist für mich als Erziehungsverantwortliche die letzte Möglichkeit zu reagieren, wenn engagierte Gespräche mit der Lehrperson oder der Schulbehörde zum Inhalt des schulischen Sexualekundeunterrichts nichts fruchten. Ganz wichtig ist es, sich als Eltern selber engagiert für eine gute Sexualerziehung in der Familie einzusetzen und mit dem Kind über die Inhalte des schulischen Sexualekundeunterrichts zu sprechen. Kinder und Teenager, die zu Hause positiv geprägt werden, können meiner Erfahrung nach auch einiges an Gegenwind aushalten.

*Was hältst Du von der Volksinitiative zum «Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule»?*

Mit den Initianten verbindet mich das Anliegen, Kinder vor Sexualisierung zu schützen. Als IG Sexualerziehung haben wir einen

runden Tisch mit Vertretern aus Politik und verschiedenen Organisationen veranstaltet, um gemeinsam einen Textvorschlag zu formulieren, der von möglichst vielen Personen und Organisationen unterstützt und mitgetragen wird. Der unterdessen eingereichte Initiativtext nimmt diese Anliegen leider nur teilweise auf. Wir werden sehen, was sich dadurch erreichen lässt. Als IG Sexualerziehung werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass möglichst alle Personen, Parteien und Organisationen, die sich zum Thema engagieren, konstruktiv miteinander ins Gespräch kommen und dadurch geeint vorgehen können.

## EVP ergreift Position

(nh). Der Zentralvorstand der EVP Schweiz hat ein Positionspapier zum Sexualekundeunterricht verabschiedet. Demnach unterstützt die EVP einen positiven, werteorientierten Sexualekundeunterricht, der Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung unterstützt, ihren Selbstwert stärkt und so Prävention ermöglicht. Die verwendeten Lehrmittel dürfen keine anstössigen Inhalte enthalten und die Lehrpersonen müssen auf den unterschiedlichen Entwicklungsstand der Schülerinnen und Schüler Rücksicht nehmen. Dispensationsmöglichkeiten will die EVP als «ultima ratio» erhalten, vor allem in jenen Kantonen, wo sie heute schon bestehen.

Aufgrund dieser Positionen hat der ZV beschlossen, die Initiative «Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule» in der Sammelphase nicht zu unterstützen. Obwohl das Anliegen moderat formuliert ist, ist eine Ablehnung der Initiative höchst wahrscheinlich. Damit würden Tür und Tor geöffnet für alle Ideen und Praktiken im Sexualekundeunterricht und die Initiative wäre somit kontraproduktiv. Das EVP-Positionspapier zur Sexualekunde kann heruntergeladen werden unter [www.evpppev.ch](http://www.evpppev.ch) > Politik > Positionen.

### Regula Lehmann, 45

verheiratet mit Urs, 4 Kinder im Alter von 11-21 Jahren  
Co-Koordinatorin der «IG Sexualerziehung Schweiz»  
Referentin, Kursleiterin und Elterncoach  
Autorin des Buches «Sexualerziehung? Familiensache!»  
[www.sexualerziehung-familiensache.com](http://www.sexualerziehung-familiensache.com)



## Schwierige Fragen

Als Vater von vier kleinen Kindern bin ich fast täglich mit den schwierigsten Fragen der Menschheit konfrontiert. Wie sieht es im Himmel aus? Kommen Tiere auch in den Himmel? Verdient ein Pfarrer viel? Was machen Politiker? Um nur die einfachsten zu nennen.

Natürlich begegne ich schwierigen Fragen auch im Gespräch mit Erwachsenen. Zum Beispiel dieser: Soll sich die Kirche in die Politik einmischen? Mir hilft es, die Frage umzudrehen: Weshalb sollte sich die Kirche nicht in politische Angelegenheiten einmischen? Gibt es zwingende Argumente? Die zwei geläufigsten sind:

- Politik ist keine Kernaufgabe der Kirche, sondern die Verkündigung des Evangeliums.
- Vielfalt lässt kein geschlossenes Auftreten und Sprechen mit einer Stimme zu.

Beide Einwände erweisen sich bei näherer Betrachtung zumindest als schwach. Erstens wird eine ganzheitliche Verkündigung des Evangeliums sehr wohl Einfluss auf die Gesellschaft nehmen wollen. Denn wenn «dem Wort» keine Taten folgen, nennt die Bibel dies einen toten Glauben. Anders gesagt: Kirche ohne politischen Einfluss ist leblos.

Zweitens: Natürlich spielt es eine Rolle mit welcher Geschlossenheit eine Position vertreten wird, aber gerade die Kirche wird sich bewusst sein, dass Mehrheit oder Einstimmigkeit nicht gleichbedeutend mit Wahrheit ist. Die Kirche soll sich auch dann einmischen, wenn nicht alle ihre Mitglieder dies gut heissen. Das sorgfältige Prüfen und das Gewissen der Verantwortlichen sind entscheidend.

Marc Jost, Generalsekretär Schweiz. Evangelische Allianz

# EIGENMIETWERT FÜR ALLE ABSCHAFFEN

Die Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter» will den Eigenmietwert für AHV-Rentner abschaffen. Er muss aber grundsätzlich weg und mit ihm sämtliche Abzüge.

MAJA INGOLD,  
NATIONALRÄTIN

Die Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter» will Hauseigentümern und -eigentümerinnen im AHV-Alter ein einmaliges Wahlrecht einräumen, den Eigenmietwert nicht mehr versteuern zu müssen. Wird dieses Recht ausgeübt, dürfen im Gegenzug die Schuldzinsen nicht mehr und Unterhaltskosten nur noch bis 4000 Franken pro Jahr abgezogen werden. Massnahmen fürs Energiesparen, den Umweltschutz oder die Denkmalpflege blieben vollumfänglich abzugsfähig.

## Eigenmietwert muss weg

Für die EVP steht ausser Frage, dass der Eigenmietwert abgeschafft werden muss: Wer die Schulden auf seinem Haus abzahlt, soll nicht länger bestraft werden. Heute haben Hauseigentümer keinen Anreiz ihre Hypothek abzuzahlen, sondern fahren steuerlich günstiger, wenn sie hohe Schulden haben. Dieser Mechanismus ist völlig falsch und ein verfehltes Signal. Die EVP will keine Anreize für eine Schuldenwirtschaft. Insofern ist das Anliegen der Initiative berechtigt.

Allerdings ist nicht richtig, dass der Eigenmietwert nur für die AHV-Beziehenden abgeschafft werden soll. So entsteht eine doppelte Ungleichbehandlung der Generationen und von Hauseigentümern und Mietern, welche sachlich nicht gerechtfertigt ist. Zweitens ist für die EVP zwingend, dass mit der Abschaffung des Eigenmietwerts auch alle Abzüge im Zusammenhang mit dem Hausbesitz fallen müssen. Sonst haben die Hauseigentümer den Fünfer und das Weggli. Sämtliche Versuche zur Abschaffung des Eigenmietwerts sind bislang daran



Nationalrätin Maja Ingold lehnt die Initiative entschieden ab.

gescheitert, dass die Ratsrechte nicht bereit war, die Abzüge im gleichen Umfang zu senken. Das Volk goutiert nicht, wenn das Fuder derart überladen wird, zuletzt 2004 bei der Abstimmung über das Steuerpaket.

## Versteckte Steuergeschenke

Die wahlweise Abschaffung des Eigenmietwerts begünstigt jene Senioren, welche im Laufe ihres Lebens die Möglichkeit hatten, ihre Hypothek zu amortisieren. So werden tendenziell die Gutsituierten privilegiert. Weiter darf man nicht vergessen: Wer im Alter wegen seines Wohneigentums und der abbezahlten Schulden etwas mehr Steuern bezahlen muss, hat zuvor lange von den Abzugsmöglichkeiten profitiert. Schliesslich sollen junge Hauseigentümer weiterhin Schulden abziehen können, ältere dagegen vom Systemwechsel profitieren können. So entsteht ein Steuersys-

tem à la carte. Insgesamt würden dem Bund Steuern von rund 200 Millionen Franken entgehen, zusätzliche Ausfälle bei Kantonen und Gemeinden nicht mitgerechnet. Geht man von der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aus, stellt man schnell fest, dass die Initiative nicht verfassungskonform ist.

## Nein der Delegierten

In der leider ideologisch betriebenen Wohnpolitik erkennt man eine gute Lösung oft daran, dass Hauseigentümer- und Mieterverband gleichermaßen unzufrieden sind damit. Doch diese Initiative stammt aus der Küche des HEV. Sie begünstigt damit einseitig gutsituierte Hauseigentümer/-innen im Pensionsalter. Deshalb wird sie vom Bundesrat, dem Parlament und auch von den EVP-Delegierten mit 41 zu 26 Stimmen abgelehnt.

# DAS IST MUSIK IN UNSEREN OHREN!

**Guter Musikunterricht an der Schule, Zugang zu Musikschulen und Förderung musikalisch Hochbegabter: die EVP unterstützt die Förderung der musikalischen Bildung.**

MAJA INGOLD,  
NATIONALRÄTIN

Das Ziel war am Ende unbestritten. Kinder und Jugendliche sollen beim Musizieren gefördert werden, ähnlich wie es beim Sport der Fall ist. Uneinig war man sich über den Weg. Auslöser war die Volksinitiative «Jugend und Musik» des Schweizerischen Musikrates. Sie wollte das Singen und Musizieren als festen Bestandteil des Schulunterrichts verankern, allen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Musikschulen bieten und besondere Talente gezielt fördern. Parlament und Bundesrat waren zunächst sehr skeptisch und befürchteten eine Verletzung der kantonalen Bildungshoheit. Schliesslich entwarf der Ständerat den Kompromissvorschlag, über den wir heute abstimmen können und zu dessen Gunsten die Initiative zurückgezogen worden ist.

In einem neuen Verfassungsartikel «Musikalische Bildung» ist festgehalten, dass die Kantone für einen hochwertigen Musikunterricht an den Schulen sorgen, während der Bund Grundsätze festlegt für den Zugang Jugendlicher zu den Musikschulen und die Förderung musikalisch Begabter.

## Ehrenamtliches Engagement

In den Kantonen kommt die musikalische Bildung heute regelmässig zu kurz. Gesetzlich ist wenig vorgeschrieben und so verkommt sie rasch zur Manövriermasse bei der Budgetierung. Genau das darf nicht passieren. Sparen bei der Musik geht regelmässig auf Kosten der einkommensschwachen Eltern und zulasten der unzähligen Ehrenamtlichen, die sich in Vereinen, Musikern oder Chören engagieren. In meinem Votum im Parlament betonte ich die Bedeutung der Musik für die seelische und geistige Entwicklung jun-

ger Menschen. So gibt es Studien, welche beweisen, dass musizierende Kinder und Jugendliche auch besser sind in der Mathematik. Allgemein ist anerkannt, dass Musik die Gemeinschaft fördert, das Hören aufeinander, die Rücksichtnahme, den Teamgeist, aber auch Disziplin und strukturiertes Denken. Die Musik ist zu wichtig, als dass sie weiter das Stiefgeschwister des Sports bleibt. Auch bei der Musik gilt: ohne Spitze keine Breite und ohne Breite keine Spitze. Laien- und Profimusik bedingen sich gegenseitig.

## Musik erfreut das Herz

Schliesslich ist die Musik schlicht und einfach auch etwas Schönes: Wer ein Instrument spielen oder singen kann, hat einen Schatz fürs Leben. Die EVP-Delegierten sahen das in Muttenz ebenso und empfehlen den Bundesbeschluss über die Jugendmusikförderung mit 74 zu 2 Stimmen zur Annahme.

## Zukunft der 2. Säule

Die EVP nimmt Stellung zum Bericht zur 2. Säule. Aufgrund der höheren Lebenserwartung wird eine Senkung des Umwandlungssatzes leider kaum zu vermeiden sein. Gleichzeitig muss die Problematik der hohen Verwaltungskosten zwingend angegangen werden.

## Zweitwohnungen

Die EVP unterstützt in der Vernehmlassung die provisorische Verordnung, welche die drängendsten Fragen rund um die Zweitwohnungen klären will. Dabei ist der Sinn der Initiative massgebend: eine Mehrheit von Volk und Ständen will eine wirksame Beschränkung der Zweitwohnungen. Die EVP wehrt sich deshalb gegen Verwässerungen der Initiative.

## Abwasserreinigung

Die EVP unterstützt die Nachrüstung der grössten Kläranlagen in den nächsten 20 Jahren, sodass diese Medikamentenrückstände und Hormone im Abwasser eliminieren können.

# BREITE ALLIANZ FÜR DEN SCHUTZ DES SONNTAGS

**Die EVP ist Mitglied der neu gegründeten Sonntagsallianz. Sie wehrt sich gegen die Ausdehnung der Sonntagsarbeit.**

(nh). Eine breite Allianz von Parteien, Gewerkschaften, kirchlichen Gremien und Arbeitsmedizinern hat sich in einer Sonntagsallianz dauerhaft zusammengeschlossen, um gemeinsam die schleichende Aushöhlung des arbeitsfreien Sonntags zu bekämpfen. Mit dabei ist auch die EVP. Gemäss ihrer bemerkenswerten Gründungserklärung will die Sonntagsallianz den freien Sonntag fördern als Tag der Ruhe

und Erholung, Tag der Familie, der Begegnung und der Gemeinschaft, Tag der religiösen und spirituellen Besinnung, Tag des Gottesdienstes sowie als Tag der Aktivitäten in Freizeit, Sport, Kultur oder zugunsten des Gemeinwohls.

## Sonntagsarbeit nimmt zu

Heute drohen immer mehr Ausnahmeregelungen das generelle Verbot der Sonntagsarbeit zu untergra-

ben. Bei jedem Liberalisierungsschritt führen die Befürworter ins Feld, es handle sich nur um eine Ausnahme für einen begrenzten Bereich, die insgesamt kaum ins Gewicht falle. Doch steter Tropfen höhlt auch diesen Stein und das gesetzlich geregelte Verhältnis von Arbeit und Ruhe wird immer mehr in Frage gestellt. Das bleibt nicht ohne Folgen: zwischen 2003 und 2009 ist die Zahl der Beschäftigten, die am Sonntag arbeiten, um 12% auf über 400'000 angewachsen.

## Referendum rückt näher

Politisch wird sich die Allianz mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die Feier- und Sonntagsruhe gesetzlich geschützt bleibt. Sonntagsarbeit



muss die Ausnahme und zuschlagspflichtig bleiben. Bestehende Bewilligungen sind auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen. Etwaige Verstösse gegen die Sonntagsruhe müssen durch die zuständigen Behörden streng geahndet werden. Im Mai hat der Nationalrat die Einführung von flächendeckender Sonntagsarbeit in Tankstellenshops beschlossen. Hält der Ständerat im Herbst daran fest, ist das Referendum beschlossene Sache. Die EVP wird es zusammen mit der Sonntagsallianz unterstützen.

# MEHRWERT ABSCHÖPFEN BEIM EINZONEN

**Asylgesetz, Raumplanung, Abgeltungssteuer. Der Nationalrat stellt in der Sommersession wichtige Weichen.**

(mi/ms). Der Nationalrat hat das **Asylgesetz** weiter verschärft. Die EVP trägt nicht alles mit. Als Sprecherin einer starken Minderheit der CVP/EVP-Fraktion wehrt sich Nationalrätin Marianne Streiff (EVP, BE) erfolgreich gegen die Abschaffung des Familienasyls. Künftig wird nur noch Nothilfe statt Sozialhilfe gewährt. Das löst kein einziges Problem und bürdet die Folgekosten den Kantonen auf. Einverstanden ist die EVP mit der Abschaffung der Botschaftsgesuche und mit dem Umstand, dass Wehrdienstverweigerung kein Asylgrund mehr ist.

Der vierjährige Rahmenkredit für die **Entwicklungszusammenarbeit** findet eine deutliche Zustimmung. Damit kommt die Schweiz wenigstens auf 0.5% des Bruttonationaleinkommens. Die EVP strebt im Einklang mit den Millenniumszielen mindestens 0.7% an.

Die **Postinitiative** fordert ein flächendeckendes Poststellennetz mit eigenem Personal. Doch Hausservice und Postagenturen sind nicht nur schlecht und sollen weiter möglich bleiben. Mit der geforderten Postbank entstünde zudem ein neues TBTF-Institut. Mit den Stim-

men der EVP lehnt der Nationalrat die Initiative ab.



**Die EVP-Nationalrätinnen Maja Ingold und Marianne Streiff.**

Das **Raumplanungsgesetz** ist unter Dach und Fach. Sehr zur Freude der EVP enthält es eine Mehrwertabschöpfung von 20% bei Neueinzonungen. Das Baugebiet muss massvoll begrenzt werden. Ansonsten geht die Zersiedelung der Landschaft in einem Ausmass weiter, das die Schweiz nicht verkraftet. Als

Druckmittel unterstützt die EVP weiterhin die **Volksinitiative «Raum für Mensch und Natur» (Landschaftsinitiative)** bis das Raumplanungsgesetz die drohende Referendumsabstimmung hoffentlich erfolgreich überstanden hat.

Mit der **Abgeltungssteuer** werden erstens unbesteuerbare Vermögen mit einer (hohen) Einmalzahlung legalisiert. Zweitens werden künftige Erträge mit einer Quellensteuer besteuert. Gegen die Steuerabkommen mit Grossbritannien, Deutschland und Österreich ist nach dem Ja des Parlaments das Referendum ergriffen worden. Für die EVP ist entscheidend, dass die Altlasten erhoben werden und künftig keine unbesteuerten Gelder mehr in die Schweiz gelangen.

Wer am **Steuer mit dem Handy** telefoniert, muss keine höheren Bussen bezahlen. Trotz der Unterstützung des Bundesrates wird die Motion von Maja Ingold leider mit 101 zu 77 Stimmen abgelehnt.

Bewegender **Besuch der burmesischen Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi** im Parlament: die Standing Ovation ist so lang und echt wie noch nie. Nach vielen Jahren Hausarrest beginnt ihr gewaltloser Kampf Früchte zu tragen. Absoluter Friede sei unerreichbar, müsse aber dennoch das Ziel unserer Reise sein, betont Suu Kyi in ihrer Rede in Oslo, wo sie nach dem Besuch in der Schweiz den vor 20 Jahren verliehenen Friedensnobelpreis abholt.

## Verantwortung von Multis in der Schweiz

Im Zusammenhang mit der Petition «Recht ohne Grenzen», welche am 13. Juni mit 135'285 Unterschriften eingereicht worden ist, will Nationalrätin Maja Ingold (EVP, ZH) mit einer Interpellation vom Bundesrat wissen, ob er die Verantwortung von internationalen Firmen mit Sitz in der Schweiz für die Einhaltung von Menschen- und Umweltrechten bei ihren Tochtergesellschaften im Ausland anerkennt.

## Transparenz im Rohstoffhandel

In der EU und den USA müssen Firmen neu alle Zahlungen an Staatsrepräsentanten in Rohstoffförderländern offenlegen. Maja Ingold regt mit einer Frage an den Bundesrat an, dies in der Schweiz ebenfalls einzuführen.

## EVP International am 19. Oktober

Die EVP will eine «EVP International» gründen als Sammelbecken für Personen mit starker internationaler Prägung. Interessierte sind herzlich eingeladen zu einem Kick-off-Meeting am Freitagabend, 19. Oktober 2012 (im Starbucks im 2.Stock an der Badenerstr. 21 in 8004 Zürich). Mehr unter [www.evppev.ch/evpinternational](http://www.evppev.ch/evpinternational).

## Gründerworkshop

Der Gründerworkshop vom 2./3. November (Freitagabend bis Samstagmorgens) im Hotel Lihn in Filzbach GL richtet sich an Personen mit einem konkreten Gründungsprojekt. Gemeinsam wird ein Gründungsplan erarbeitet. Teilnahme und Übernachtung sind kostenlos. Mehr unter [www.evppev.ch](http://www.evppev.ch) > Termine > Gründerworkshop.

## KONFERENZ

### Bettagskonferenz zur Weltanschauung

Am 15. September lädt die EVP zur Bettagskonferenz zum Thema «Christliche Weltanschauung in der Politik» nach Aarau ein. In Europa war das Christentum im 19. und 20. Jahrhundert Ausgangspunkt der Gründung diverser katholischer oder reformatorischer geprägter Parteien. Es referieren Dr. Antonius Liedhegener, Dr. Roel Kuiper, Dr. Lucrezia Meier-Schatz, Dr. Hanswalter Stäubli und Heiner Studer. Mehr unter [www.evppev.ch/bk](http://www.evppev.ch/bk)

## TERMINE

- 25. August 2012 EVP Schweiz, Wil SG Delegiertenversammlung und Zentralvorstand
- 15. September 2012 EVP Schweiz, Aarau, 7. Bettagskonferenz «Christliche Weltanschauung in der Politik»
- 22. September 2012 Sammeltag Erbschaftssteuerreform
- 23. September 2012 Eidgenössische Volksabstimmung
- 19. Oktober 2012 EVP Schweiz, Zürich Kick-off für die EVP International
- 2. November bis 3. November 2012 EVP Schweiz, Filzbach GL Gründerworkshop
- 25. November 2012 Eidgenössische Volksabstimmung

## Neu im ZV

Die DV vom 23. Juni hat den Zentralvorstand ergänzt mit Barbara Opplinger, Agronomin und Mutter von fünf Kindern aus Frümser TG.

## \*jevz erneuert sich

Neu im \*jevz-Vorstand: Claudia Meder, Zofingen und Tobias Brütsch, Urdorf. Zurückgetreten ist Georg Müller aus Biel.

## Terminplanung 2013

Die Terminplanung der EVP Schweiz fürs 2013 kann unter [www.evppv.ch](http://www.evppv.ch) > Termine heruntergeladen werden.

## Für Güter die Bahn

Der Eisenbahnverband hat den SBB im Juni mit Unterstützung der EVP die Petition «Stopp dem Kahlschlag im Wagenladungsverkehr» mit über 6000 Unterschriften übergeben.

## Im Gedenken

Am 18. Juni ist Werner Wydler sanft von uns und heim gegangen. Er war langjähriger EVP-Gemeinderat in Zürich, Kantonsrat und Kantonsratspräsident. Parteiintern engagierte er sich viele Jahre als Kantonskassier.

## IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP) 19. Jahrgang, Nummer 3, August 2012

Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr.

### Herausgeber:

EVP Schweiz, Postfach 294, 3000 Bern 7, Tel. 031 351 71 71, Fax 031 351 71 02, [info@evppv.ch](mailto:info@evppv.ch), [www.evppv.ch](http://www.evppv.ch). Redaktion: Niklaus Hari; Adressen und Aboverwaltung: Werner Rieder.

### An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:

Joel Blunier, Niklaus Hari, Maja Ingold, Marc Jost, Regula Lehmann, Marianne Streiff, Heiner Studer.

### Druck und Vertrieb:

Jordi AG, Belp, [www.jordibelp.ch](http://www.jordibelp.ch)

### Copyright:

Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.

# DAMIT DIE EVP NICHT LEER AUSGEHT

Die EVP Kanton Aargau setzt vor den Grossratswahlen auf Inhalte und pffiffige Sprüche um zu zeigen, für was sie steht.

(nh). Im Aargauer Wahlkampf drohen die Strassen traditionellerweise in einer Flut von Plakaten zu versinken. Um sich von der massenhaften Wahlwerbung abzugrenzen, setzt die EVP Kanton Aargau dieses Jahr auf Inhalte statt auf Köpfe. Prägnante Sprüche wie «Damit unsere Umwelt nicht ins Gras beisst. EVP. Seit 1919.» machen deutlich für was die EVP steht. «Es handelt sich dabei nicht um konkrete politische Forderungen im Sinne eines Wahlprogramms», meint Generalsekretär Joel Blunier, ebenfalls Kandidat für den Grossrat. «Sondern wir wollen den Stimmberechtigten erklären, wer die EVP ist und was sie will.» Die weiteren sieben Sujets:

- Damit unsere Familien nicht alt aussehen.
- Damit unsere Religion nicht den Geist aufgibt.
- Damit unsere Bildung nicht sitzen bleibt.
- Damit unsere Wirtschaft nicht Rappen spaltet.
- Damit unsere Kultur nicht zu Kreuze kriecht.
- Damit unserer Gesundheit nicht die Luft ausgeht.
- Damit unser Verkehr noch die Kurve kriegt.

Ergänzend können Bezirksparteien und Kandidierenden auf Kopfplakate setzen. Die EVP Kanton Aargau will am 21. Oktober den verlorengegangenen Sitz im Bezirk Zofingen zurückerobern, einen zusätzlichen Sitz hinzugewinnen und die Wahlhürde von 3% Wähleranteil im gesamten Kanton oder 5% in mindestens einem Bezirk knacken!

## Neue Programme

Die EVP Kanton Aargau hat ihr Schwerpunkteprogramm erneuert. Es hat neu auf einer Seite Platz. Ebenfalls mit Blick auf die Wahlen hat sich auch die EVP Basel-Stadt ein schmuckes, neues Grundsatzpapier gegeben.

**Damit unsere Religion nicht den Geist aufgibt.**

EVP. Seit 1919.



Christliche Werte. Menschliche Politik. **EVP** Evangelische Volkspartei Kanton Aargau

**Damit unsere Umwelt nicht ins Gras beisst.**

EVP. Seit 1919.



Christliche Werte. Menschliche Politik. **EVP** Evangelische Volkspartei Kanton Aargau

**Damit unsere Familien nicht alt aussehen.**

EVP. Seit 1919.



Christliche Werte. Menschliche Politik. **EVP** Evangelische Volkspartei Kanton Aargau

**Drei Sujets der Aargauer Plakatkampagne. Damit die EVP im Grossrat bleibt.**



## Neu im Präsidium

**EVP Kanton Bern:** Gerhard Baumgartner (Bild) ist auf Ende seiner Amtsperiode als Präsident zurückgetreten. Er hat die Kantonalpartei während vier Jahren mit viel Engagement und Umsicht geführt. Weil alle möglichen Nachfolger/-innen derzeit sehr ausgelastet sind, wird die EVP Kanton Bern interimistisch durch die Grossratsmitglieder Christine Schnegg (Fraktionspräsidentin) und Ruedi Löffel (Geschäftsführer der Kantonalpartei) geleitet.

**EVP Bezirk Hinwil:** Thomas Illi löst Gerhard Fischer als Bezirkspräsident ab.

**EVP Frauenfeld:** auf Christian Wälchli folgt Stefan Eggmann als Ortsparteipräsident.

## Neue Sektionen

Im Kanton Schwyz wurde die **EVP Höfe** gegründet. Erster Präsident ist Peter Langhart. Im Kanton Zürich ist die **EVP Elgg** gegründet worden. Erster Präsident ist Martin Gisler. Herzlich willkommen in der EVP!

## Neu in der Legislative

**Arbon:** Arturo Testa folgt auf Edith Schaffert im Stadtparlament.

**Brugg:** Ueli Käser und Christian Zumbrunnen lösen Susanne Baumgartner und Urs Holliger im Einwohnerrat ab.

**Davos:** Christian Thomann wird in den Landrat gewählt (an siebter Stelle von insgesamt 17 Mandaten).

**Frauenfeld:** Christian Wälchli löst Heinz Pfändler per 1. Juni 2012 im Gemeinderat ab.

**Riehen:** Thomas Widmer rückt für Monika Kölliker in den Einwohnerrat nach.

**Zofingen:** Auf Anita Bolliger folgt Urs Plüss im Einwohnerrat.



## JETZT UNTERSCHRIFTEN SAMMELN!

(nh). Nach zwei Dritteln der Sammelfrist hat die EVP erst die Hälfte von ihren zugesagten Unterschriften zusammengetragen und das Zustandekommen der Erbschaftsteuerreform ist alles andere als sicher. Helfen Sie deshalb jetzt mit bei der Unterschriftensammlung:

- Drucken Sie den Initiativbogen auf [www.evppev.ch/erbschaftsteuerreform](http://www.evppev.ch/erbschaftsteuerreform) einige Male aus.
- Unterschreiben Sie noch heute und lassen Sie alle Stimm-

berechtigten in Ihrem Haushalt ebenfalls unterschreiben.

- Sammeln Sie in Ihrem Umfeld weitere Unterschriften: in der Nachbarschaft, in Vereinen, in Ihrer Kirche, etc.
- Sammeln Sie an Orten, wo die Leute Zeit haben zum Unterschreiben: bei Take-Aways, in Parks, auf Spielplätzen, im Grünen, an Quartierfesten.

Vielen herzlichen Dank für Ihre Unterstützung! Gemeinsam geht's.



**Jetzt unterschreiben!**  
[www.erbschaftsteuerreform.ch](http://www.erbschaftsteuerreform.ch)

**Initiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV»**

### SAMMEL-O-METER

Sammelstand per 20. Juli

Sammelziel	110 000	100%
Unterschriften	66 500	60%
Anteil der EVP	15 215	
50.7% der zugesagten EVP-Quote		

#### 74 Mitglieder im Sammelclub

Bronze (20 Unterschriften)	45
Silber (50 Unterschriften)	10
Gold (100 Unterschriften)	11
Platin (200 Unterschriften)	8
Total zugesagte Unterschriften	4100

#### Top 5 im Sammelclub

Gerhard Kaufmann	344
Reto Gubelmann	182
Sara Fritz	157
Werner Ninck	136
Ruedi Löffel	132
<a href="http://www.evppev.ch/sammelclub">www.evppev.ch/sammelclub</a>	

#### Top 5 im Sektionswettbewerb

EVP Biel	713
EVP Stadt Bern	456
PEV Neuchâtel	433
EVP Stadt St.Gallen	418
EVP Zürich 6/10	395
<a href="http://www.evppev.ch/sektionswettbewerb">www.evppev.ch/sektionswettbewerb</a>	

Sammelfrist: noch 7 Monate

### EINLADUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

**3. ausserordentliche DV der EVP Schweiz am Samstag, 25. August 2012, 10.00 bis 12.30 Uhr in der Tonhalle in Wil SG.**

1. Eröffnung der Tagung durch den Parteipräsidenten
2. Besinnliche Einleitung
3. Grussworte
4. Wahl der Stimmzähler (Protokollprüfer)
5. Abstimmungsvorlagen
6. Schlusswort des Parteipräsidenten

Anschliessend besteht für Angemeldete die Möglichkeit eines gemeinsamen Mittagessens. Die Tagungsunterlagen werden nach der Anmeldung versandt.

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)

Der Zentralpräsident                      Der Generalsekretär  
Heiner Studer                              Joel Blunier

Ich melde mich für die DV vom 25. August an.  
(Webanmeldung möglich unter [www.evppev.ch](http://www.evppev.ch) > Termine)  
Mittagessen:  mit  ohne  vergünstigt (für \*jev-Mitglieder)

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse, Nummer: \_\_\_\_\_

PLZ und Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Senden bis am 20. August 2012 an: EVP Schweiz, Postfach, 3000 Bern 7**